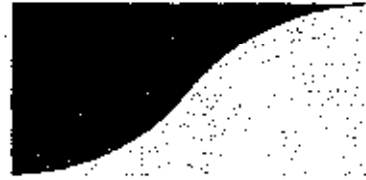


Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 88 846 ppbn d



Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski
MdB, Stellvertretender
SPD-Vorsitzender, erin-
nert an die Verleihung
des Friedensnobelpreises
an Willy Brandt: Jeden
Tag erneut verdient.

Seite 1

Hermann Scheer MdB sieht
in jüngsten Reagan-Äuße-
rungen eine Kündigung der
NATO-Doktrinen: Deutsches
Veto.

Seite 3

Fritz Sänger unter-
streicht, daß die SPD,
immer die Kraft für den
besseren Weg fand: Aus-
einandersetzungen helfen,
sie zerteilen nicht.

Seite 4

Rolf Wernstedt MdL be-
schreibt, wie die Regie-
rung Albrecht Andersden-
kende verachtet: Brückner
geht alle an.

Seite 6

Dokumentation

Willy Brandt bei der Ver-
leihung der Ehrendoktor-
würde in Florenz: Die
Welt leidet unter einem
Prozeß des globalen Macht-
kampfes.

Seite 7

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

36. Jahrgang / 200

20. Oktober 1981

Jeden Tag erneut verdient

Vor zehn Jahren erhielt Willy Brandt den Friedensnobel-
preis

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Ich erinnere mich noch heute an die Gesichter in der Runde,
als einer hereinkam und sagte: Willy Brandt hat den Frie-
densnobelpreis bekommen. Die Gesichter waren sprachlos.
Niemand hatte damit gerechnet. Dann kam einfach Stolz auf:
Stolz von Sozialdemokraten auf Willy Brandt, Stolz von
Deutschen auf den Kanzler der Bundesrepublik Deutschland,
Fast so etwas wie Patriotismus. Für die Älteren, solange
sie sich erinnern konnten, zum ersten Mal seit fast vierzig
Jahren wieder.

Das Ausland hatte ihn geehrt, zumal die unbestechlichen
Skandinavier. Geehrt hatten sie den Mann, den Adenauer und
seine Gefolgsleute jahrelang mit aller Niedertracht als
Emigranten diffamiert hatten. Den Mann, dessen Politik die
CDU damals mehr oder minder als Landesverrat bekämpfte -
ein paar Monate später hat Barzel dann ja das Mißtrauens-
votum ausprobiert. Und geehrt wurde der Architekt einer
Politik, der es um Entspannung und Friedenssicherung ging,
die aber auch eine denkbar komplizierte Operation an der
deutschen Frage leisten mußte.



Dazu gehörte der Mut, nicht nur auszusprechen, sondern auch politisch zu ratifizieren: Daß das Wiedervereinigungsmoment der CDU schon lange Illusion geworden war und es für sehr lange bleiben würde, daß es für kalten Krieg keine politische Grundlage mehr gab, daß wir auch unsererseits bei den Völkern des Ostens um Verzeihung und Versöhnung zu bitten hatten - der Kniefall von Warschau, den die Selbstgerechten hierzulande als peinlich glaubten empfinden zu müssen. Der Mut zum "Verzicht" also, einer, den Willy Brandt selbst damals so beschrieben hat: "Ich bin ein Verzichtspolitiker: Ich verzichte auf den Krieg als Mittel aller Politik; auf Anwendung und Drohung von Gewalt im zwischenstaatlichen Verkehr; auf deutsche Atombomben und auf Großmannssucht."

Der Gewinn dafür war ein neues Vertrauen aus Ost und West in unser Land, in seine Berechenbarkeit; der Gewinn war ein Entspannungsprozeß in Europa, der den Frieden sicherer gemacht hat, der etwas mehr Menschlichkeit in die innerdeutschen Beziehungen gebracht hat, der auch Demokratisierung möglich gemacht hat - in Polen ebenso wie Griechenland, Spanien oder Portugal -; ein Entspannungsprozeß, der in die Welt hineinwirkt und selbst Rückschläge wie im vorigen Jahr zu überstehen vermag.

Willy Brandts damalige Leistungen sind aus den Geschichtsbüchern nicht mehr zu tilgen. Der Mann aber, der für sie jenen Preis erhielt, verdient ihn sich täglich neu. Er ist in den vergangenen Jahren an die beiden anderen, fast übermenschlich schwer zu lösenden Aufgaben herangegangen, ohne deren Bewältigung eine weltweite Entspannung nicht möglich sein wird: Die Beseitigung des Haß erzeugenden Ungleichgewichts zwischen Industrieländern und der Dritten Welt, und die Eindämmung des Wettrüstens zwischen West und Ost. Der Friedenspolitiker Willy Brandt: Das ist gerade auch der Mann, der neulich nach Moskau fuhr, um starre Fronten zu lockern, Dinge in Bewegung zu bringen. Friedenspolitik ist, vor dem Erfolg, kein einfaches, kein dankbares Geschäft. Wir sollten ihm darum nicht nur für das Gestern danken und ihn ehren, sondern wir sollten ihn auch für das Heute und das Morgen vorbehaltlos unterstützen.

(-/20.10.1981/ks/ca)

+ + +



Deutsches Veto

Ronald Reagan hat die NATO-Doktrinen gekündigt

Von Hermann Scheer MdB

Mitglied des Verteidigungsausschusses und des Unterausschusses für Abrüstung
und Rüstungskontrolle des Deutschen Bundestages

Die jüngste Bemerkung Präsident Reagans zur Frage der Beschränkbarkeit eines Atomkrieges auf Europa gibt nicht nur Anlaß zur politischen Entrüstung, sondern auch zur durchdachten politischen Schlußfolgerung.

Drei wesentliche Feststellungen ergeben sich aus den Äußerungen Reagans:

1. Reagan sprach eine Möglichkeit der Beschränkbarkeit eines Atomkrieges auf Europa an, wie sie bereits seit dem Zeitpunkt theoretisch möglich ist, seit es taktische Nuklearwaffen (nukleare Gefechtsfeldwaffen) in Europa gibt - also seit über 20 Jahren. Die NATO-Strategie der flexible response sieht drei Stufen im Verteidigungsfall vor: mit konventionellen Waffen; mit taktischen Nuklearwaffen; mit strategischen Nuklearwaffen. Bevor die jeweils nächste Stufe überschritten würde, wäre eine neue politische Entscheidung notwendig. Jeweils zuvor sollte dem Gegner angeboten werden, die Kriegshandlungen zu beenden.

Diese politische Entscheidung wäre für uns die des amerikanischen Präsidenten, der das nukleare Einsatzmonopol hat. Was heute im Zusammenhang mit der Stationierung von Mittelstreckenwaffen in Westeuropa an Befürchtungen geäußert wird - die Möglichkeit der Europäisierung eines Atomkriegs - ist also ein Problem, das sogar weniger durch solche Waffen als durch die jetzt schon vorhandenen Waffenpotentiale besteht: Der amerikanische Präsident müßte nur auf der Ebene eines taktischen Nuklearkrieges haltmachen, niemand könnte ihn daran hindern. Es muß nicht anders geplant sein, es reicht schon aus, daß ein amerikanischer Präsident so denkt und handeln könnte. Reagan hat mit seiner Feststellung die vorhandenen NATO-Doktrinen gekündigt.

2. Die NATO-Verteidigungskonzeption hat zur Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten ihren strategischen Nuklearschirm auch zum Schutz der Europäer einsetzen würden. Reagan hat mit seiner Äußerung diese Abschreckungsgarantie aufgehoben. Die Sowjetunion könnte dies sogar als Einladung verstehen, einen Übergriff auf Westeuropa zu riskieren.
3. Zur NATO-Verteidigungskonzeption gehört eine amerikanisch-europäische Risiko-Teilung. Aus diesem Grunde wird in der amerikanischen Regierung eine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa damit begründet, daß wir bereits jetzt in einer Situation leben, in der den Europäern und hier vor allem den Deutschen das nahezu vollständige Risiko eines Krieges aufgeladen werden kann.

Daß amerikanische Präsidenten so denken können, wird ihnen nicht zuletzt durch unterwürfige Haltungen mancher europäischer Politiker erleichtert. Der CDU-Vorsitzende Kohl hat jüngst auf seiner Amerika-Reise ein für einen deutschen Politiker beschämendes Beispiel für die Selbstverleugnung unserer nationalen Überlebensinteressen gegeben. Seine schleichigen Anbiederungen und peinlichen Denunzierungen der Sorgen in Europa sind eine Einladung an die USA, uns mehr als Schachfiguren denn als gleichberechtigte Bündnispartner zu behandeln.

Schlußfolgerungen sind nötig. Diese können für die deutsche und europäische Politik eigentlich nur lauten:

- Ein deutsches Veto-Recht gegenüber dem Einsatz von amerikanischen Nuklearwaffen von unserem Boden aus muß verlangt werden.
- Der Beschluß der NATO, im Falle des Nichterreichens einer Null-Lösung im Bereich von Mittelstreckenraketen in Europa solche Raketen auf westeuropäischem Festland zu stationieren, sollte ersetzt werden durch einen Beschluß, der nur noch seegestützte Systeme in Betracht zieht.
- Die Überlegungen müssen vorangetrieben werden zur Errichtung einer Verteidigungsstruktur in Westeuropa, die den Verzicht auf taktische Nuklearwaffen möglich macht.

(-/20.10.1981/hh/ca)

Auseinandersetzungen helfen, sie zerteilen nicht

Die SPD fand immer die Kraft, den besseren Weg zu finden

Von Fritz Sänger

Den Gegnern der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gefällt es, daß die Partei in einer Krise steckt und sie geben sich jede erdenkliche Mue, dafür zu sorgen, daß das auch weithin bekannt wird. Sie verbreiten und behaupten nicht nur Tatsachen, sondern auch Phantasieprodukte ihrer heimlichen und offenen politischen Wünsche und Hoffnungen. Denn es wäre ihre einzige Chance, bei den bevorstehenden vier Landtagswahlen, die 1982 in der Bundesrepublik anstehen, den einzigen ernsthaften Gegner zu schlagen. Wenn die öffentliche Meinung gar dahin gebracht werden könnte zu glauben, daß die SPD nicht nur in einer Krise steckt, sondern im Begriff ist zu zerfallen - das wäre doch ein Licht in der politischen Dunkelheit, in der sich die Unionsparteien bewegen.

Ich erinnere mich einer Hoffnung, die Dr. Konrad Adenauer 1957 kurz vor der Wahl zum Bundestag in einem kleinen Kreise vor einigen englischen Besuchern zu äußern wagte: Wenn diese Wahl von ihm gewonnen werde, dann sei die Spaltung der SPD unaufhaltsam. Als ich ihm erwiderte, die Partei habe eine weit gesundere innere Kraft, meinte er schlicht: "Dat es woll Ihr Glaube, lieber Herr S., aber Sie werden ja sehen." Das war vor etwa dreißig Jahren und wir haben gesehen und gespürt, welche Kraft in dieser SPD steckt, die bald danach in einem abermals auf die Gegenwart zielenden neuem Programm bewies, daß sie den sich ständig erneuernden und wandelnden politischen, wirtschaftlichen und geistigen Tatsachen folgt.

Da nicht viel vorzuweisen ist, was eine irgendwo regierende CDU den Wählern als Beweis ihres Könnens oder auch nur neuer Ideen, besseren Wissens, leistungsfähigerer Menschen vorzuzeigen hätte, muß sie auf die Schwäche ihres politischen Gegners hoffen können. Das ist ihre Chance. Daß selbst nüchtern denkende Anhänger dieser der CDU ihre Hoffnung aber nach wie vor auf den Kanzler aus der SPD setzen, der die deutschen Interessen nun während vieler Jahre durch tiefe Talschle im Weltgeschehen sicher zu einem neuen Aufstieg geführt hat, das weiß man wohl im Kreise der Verantwortlichen in der CDU. Was kann sie mehr tun als Hoffnung schüren? Sie bekommt Hilfe wenn Pessimismus, wenn Übertreibungen negativer Geschehnisse, wenn heimliche und zuweilen heimtückische Informationen ihre stille Wirkung tun.

Aber wenn Kritik an der Regierung geübt wird, auch an der Partei und ihrer Führung - ist das ein Zeichen einer Krise? Kann es nicht ein Zeichen einer lebendigen, von der Basis her mitdenkenden, mutigen Hilfeleistung sein, auch wenn die Aussagen hart, die Vorwürfe scharf und die Urteile überzogen sind?

Seit mehr als sechzig Jahren hatte ich die Möglichkeit, nicht nur in der Partei zu sein, sondern auch für sie zu arbeiten und hatte die Chance, in der längsten Zeit auch in unmittelbarem Kontakt mit den jeweils führenden politischen Freunden stehen zu können, im Ortsverein, im Kreisverein, im Landtag und im Bundestag. Ich habe in diesen sechs Jahrzehnten manche Krise in Teilen der Partei und in der Gesamtpartei erlebt, ob es in Berlin war oder in Thüringen, im Ruhrgebiet oder in Süddeutschland. Es gab viel Zank und manchen harten Streit. Da traten einige aus der Partei



aus und es traten andere ein. Manche kamen zurück, weil sie begriffen hatten, daß es keinen Standpunkt außerhalb der Welt gibt, von dem aus sie aus den Angeln zu heben wäre. Für die Sache des Volkes, für die Interessen der Arbeitnehmer aller Schichten und Arten ist "die Welt" das, was ihre Arbeit, ihr Recht, ihre Chancen, ihr Lohn und ihre Hoffnungen sind, ist, was geschehen kann und muß, damit Friede walтет und Wohlstand blüht. Wer sich fern von der Arbeit hält, die von der Politik zu leisten ist, wer nicht mithilft, der sozialen Gerechtigkeit, der Freiheit der Rede und des Schreibens, dem Recht, dem allgemeinen Frieden den Weg zu bahnen, der hilft auch nicht mit, daß sich etwas bessert in diesem Lande und auf der Erde.

In der über hundertjährigen Geschichte der Partei gab es eine lange Reihe von zum Teil heftigen und leidenschaftlich ausgetragenen Auseinandersetzungen. Es gab auch Spaltungen und Wiedervereinigungen. Die Partei ist in der Zahl ihrer Mitglieder gewachsen, wieder kleiner geworden und wieder größer bis an die Millionengrenze. Die effektive Bedeutung aber, die diese Sozialdemokratische Partei Deutschlands in diesem Lande und in der Welt gewann, ist in ständigem Aufstieg gewesen und geblieben. Sie gewann sie durch ihre Arbeit in der Öffentlichkeit, durch Regierung und Mitregierung in den Körperschaften der Gemeinden, in den Ländern und in der Bundesrepublik und nicht zuletzt auch in internationalen Institutionen, in denen sie und ihre politischen Anhänger tätig waren und führende Positionen einnehmen. Sie gewann ein Ansehen, das auch mißmutige und herabwürdigende Äußerungen innenpolitischer Gegner bei Aufenthalt im Ausland nicht mindern konnten und können, ob es ein Bundeskanzler Adenauer oder ein Parteivorsitzender Kohl war.

Die Sozialdemokratie hat sich nämlich nicht aus Teilen reaktionärer, konservativer, kommerziell oder gar konfessionell ausgerichteter einstiger Parteien zusammengefunden, sondern ging hervor, weil mit der entstehenden und sich ausbreitenden industriellen Entwicklung nur durch Zusammenschluß, durch Solidarität und durch den beharrlichen Willen die materielle und geistige Not der Menschen gemildert und überwunden werden konnte.

Die Sozialdemokraten sind eine unübersehbar politische Kraft geworden und werden es bleiben und sich weiter stärken. Denn aus der ständigen engen Fühlung zu den Interessen der Menschen, die von ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit allein und - so lange die Gesundheit es zuläßt - leben, empfängt diese Partei die Anstöße zu ihrer praktischen politischen Arbeit. Auseinandersetzungen helfen ihr, sie zerteilen sie nicht. Sie helfen den besseren Weg zu finden, wenn veränderte Verhältnisse neue Ziele erkennen lassen. Krisen, die ihre Gegner stets mit hämischer Hoffnung verfolgten, haben zu Klärungen und Überlegungen geführt und die politische Kraft gestärkt, die den Fortschritt in Deutschland erzwungen hat. Das ist heute nicht anders als je zuvor, weil die SPD eine Partei des Volkes und aus dem Volke ist und sich nicht nur so nennt, wie es andere dann für nützlich hielten.

Im kommenden Jahre werden neue Aktivitäten und entschiedene Energien die Bürger des Landes aufrufen, sich für tönende Parolen oder für als erfolgreich erwiesene sinnvolle Arbeit zu entscheiden. Ein Jahrhundert Sozialdemokratie war ein Jahrhundert des Aufbaues sozialer Einrichtungen, die es vorher nie gegeben hat, der Entwicklung der freiheitlichen Rechte der Bürger und der Möglichkeiten, daß jedem Menschen der Weg in das Leben nach seinen Gaben und Kräften freigegeben wurde. Dazu neue Möglichkeiten zu finden, werden auch die Diskussionen in der jüngsten "Krise" der SPD erneut beitragen. Es geht vorwärts.

(-/20.10.1981/ks/ca)

+ + +



Brückner geht alle an!

Die Regierung Albrecht verachtet kompromißlos und kalt Andersdenkende

Von Rolf Wernstedt MdL

Vorsitzender des Arbeitskreises Kulturpolitik der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion

Der hannoversche Psychologieprofessor Peter Brückner ist von der Disziplinarkammer des Verwaltungsgerichts Hannover zu einer zehnpromzentigen Kürzung seines Gehalts auf vier Jahre und zur Zahlung der Gerichtskosten verurteilt worden. Er darf seit vier Jahren seinen Beruf nicht ausüben und durfte bis vor wenigen Monaten auch nicht die Gebäude der Universität Hannover betreten. Der niedersächsische Wissenschaftsminister (zunächst Pestel, jetzt Cassens) forderte die Entfernung Brückners aus dem Dienst, weil er im Zusammenhang mit der sogenannten "Mescadero-Affäre" und seiner Veröffentlichung gegen das beamtenrechtliche Gebot der Mäßigung verstoßen habe.

Es kann kein Zweifel sein: Dieser Prozeß gehört in die Kategorie der politischen Justiz. Am Fall Brückner interessierte nicht das Individuum Brückner, sondern eine bestimmte Art zu denken. An Brückner wurde ein Exempel statuiert. Die Absicht der niedersächsischen Landesregierung war und ist eindeutig:

- Einschüchterung von Landesbediensteten an Hochschulen und Schulen;
- Diskreditierung von der Regierung unliebsamen wissenschaftlichen Theorien, Vorgehensweisen und Erkenntnissen;
- Einschränkung der Wissenschaftsfreiheit mit disziplinar-rechtlichen Mitteln.

Die Folgen dieses Vorgehens sind für einen freiheitlichen Staat nicht akzeptabel. Die Landesregierung spekuliert auf den verängstigten Beamten jeder Besoldungskategorie, der ohne Widerspruch regierungsamtlich handelt und sich äußert. Beziehungswiese sich nicht äußert. Sie spekuliert auf eine Untertanengesinnung, die den Ruf nach Autorität mit autortärem Verhalten nach unten und außen beantwortet. Die eigentliche Gefahr, die vom Brücknerschen Prozeß ausgeht, liegt in einer schleichenden Aushöhlung unserer freiheitlichen und demokratischen Gesinnungsstruktur.

Der eigentliche Hort dieses illiberalen und autoritären Staatsverständnisses ist der Ministerpräsident Albrecht selbst. Von ihm ist bekannt, daß er persönlich auf die Weiterverfolgung Brückners drängte, daß er in Fragen der Kunst und Kultur einseitigen konventionellen Vorstellungen dogmatisch Vorrang gibt, daß er sich unqualifiziert wie sonst nur noch Herr Hasselmann zu Fragen sozialistischen Denkens äußert und daß er in der Frage des Norddeutschen Rundfunks einseitig die Inhalte verändern wollte und will. Seine elitären Auffassungen über Staat und Staatsführung sind nicht nur theoretische Spinnereien, sondern leitende Handlungsmaximen seiner Regierungstätigkeit. Er verkörpert einen Typ des neokonservativen Politikers, der im Kern kompromißlos, kalt und lächeind Andersdenkende verachtet. In dieser Pose befriedigt er Bedürfnisse bei vielen verunsicherten und fiedoligisch hilflosen Menschen. Gegen Personen, die wie Brückner "gegen den Strom denken", ist mit einer solchen inneren Einstellung leicht zu polemisieren und was viel schlimmer ist, weil es deutsche Tradition hat, ein Klima der denunziatorischen Verdächtigung zu erzeugen. "Die Mobilisierung des inneren Schweinehundes", wie es Kurt Schumacher einmal gesagt hat, ist Ernst Albrecht mehr als einmal in seinen CDU-Versammlungen gelungen.

(-/20.10.1981/v0-he/ea)

+

+

+



D O K U M E N T A T I O N

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt hat anlässlich der Verleihung des Ehrendoktors der Universität Florenz am 17. Oktober ein Grundsatzreferat unter anderem zur Ost-West-Problematik gehalten. Wir dokumentieren diesen Teil in unserer heutigen Ausgabe aus Anlaß des 10. Jahrestages der Verleihung des Friedensnobelpreises.

Die Welt leidet unter einem Prozeß des globalen Machtkampfes

Ich zweifle, ob die Konfrontation im Verhältnis zwischen Ost und West einem Naturgesetz entspringt. Sondern ich sehe keine Alternative dazu, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir zur Politik der Entspannung zurückfinden können.

Dazu gehört, daß die beiden Großmächte einander die Gleichberechtigung nicht absprechen und sich zugleich bei der Wahrung ihrer jeweiligen Interessen größtmögliche Mäßigung auferlegen. So glaube ich nicht, daß die Sowjetunion es nötig hat zu versuchen - wenngleich mit immer geringerem Erfolg -, sich in Staaten der Dritten Welt gegen die USA in Stellung zu bringen. Und ich glaube nicht, daß die Vereinigten Staaten es nötig haben, über die innere Auszehrung der Sowjetunion und über mögliche sich daraus ergebende Verzweiflungstaten zu spekulieren.

Es mag den Geboten der Sicherheit entsprechen, unberechenbare Reaktionen des Gegenübers nicht von vornherein auszuschließen und die Möglichkeit eines Zusammenbruchs im Inneren Gefüge einzukalkulieren. Aber ich halte es für verhängnisvoll, wenn der Anschein entsteht, derartige Hypothesen würden zur Grundlage internationaler Politik. Derlei führte real zu einem Stück zusätzlicher Konfrontation. Ich glaube vielmehr, daß eine verantwortungsvolle Politik beider Seiten dazu beitragen muß, den Partner in der Weltpolitik - auch wenn er entgegengesetzte Interessen vertritt - nicht von sich aus zu destabilisieren. Ideologische Unterschiede werden auf absehbare Zeit nicht überwunden werden können. Aber es steht zuviel auf dem Spiel, als daß eine Seite anstreben dürfte, die andere in die Knie zu zwingen.

Keine Seite kann heute eine solche militärische Überlegenheit erreichen, daß sie den Angriff der anderen nicht zu befürchten brauchte. Und deshalb besteht Sicherheit nur so lange, wie Gleichgewicht besteht. Eine erhebliche Verletzung des Gleichgewichts - nicht nur militärisch, auch politisch (durch einen inneren Zusammenbruch), auch wirtschaftlich (zum Beispiel als Folge einer Strategie des "Totrüstens") - müßte schreckliche Gefahren heraufbeschwören.

Sicherheit gibt es nur noch gemeinsam: Ich bin nicht mehr vor meinem Gegner sicher, sondern nur noch mit ihm. Und da dies so ist, bleibt als einziger Weg, die Sicherheit der Welt gemeinsam zu sichern.

Um deutlich zu machen, wovon ich spreche: Der Weltfrieden wird nicht sicherer werden, wenn in den Golf-Regionen militärisches Potential in ungekannter Höhe angehäuft wird. Ich glaube nicht daran, daß man die Erdölreserven der Welt dadurch am besten schützt, daß man ihr Produktionsgebiet zu einem Spannungsgebiet ersten Ranges macht. Ich glaube, daß die Energiereserven der Welt - genauso wie die umfassende Sicherheit - eine gemeinsame Angelegenheit sind. Und daß es notwendig ist, über sie, wie über viele andere Fragen, zu vertraglichen Vereinbarungen oder anderen Abmachungen zu kommen. Die militärische Sicherung von Energievorräten kann allzu leicht auf eine schiefe Ebene führen: auf die abschüssige Bahn der enger werdenden Handlungsspielräume, der Zwänge von automatischen und zugleich unberechenbaren Reaktionen.

Die Welt leidet unter einem Prozeß des globalen Machtkampfs, in dem sich Rivalität und Koexistenz in merkwürdiger Weise vermengen. Elemente der Koexistenz - wie beispielsweise



se die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa oder der SALT-Prozeß - mischen sich mit dem gefährlichen Ringen um einseitige strategische Vorteile. Gewiß: die Entspannungspolitik hat es vermocht, in vielen Fällen Interessenausgleich und praktische Verhaltensregeln zu definieren. Aber der Sektor unkontrollierter Rivalität ist nach wie vor viel zu groß. Die Aufgabe der Soer Jahre muß sein, durch ein Netz globaler Verhaltensregeln Zonen der Instabilität und der Krisen nach und nach zu eliminieren. Denn wo es keine Spielregeln gibt, dort ist keine Berechenbarkeit. Und das Potential des Unberechenbaren ist ohnehin größer als die Großmächte glauben, die dazu neigen, alle Fragen ausschließlich im Raster ihrer wechselseitigen Rivalität zu beurteilen. Es gibt Gefahren der Zukunft, deren Folgen unabsehbar sind und denen die Gemeinschaft aller Staaten mit gemeinsamen Anstrengungen begegnen muß. Der Bereich der systemüberwölbenden Fragestellungen wird größer. Die Verknappung der Energieressourcen ist hierfür ein alarmierendes Beispiel. Oder die Gefährdung unserer natürlichen Umwelt. Oder das Schicksal der Dritten Welt, zu dem ich heute morgen an anderer Stelle meine begründeten Zweifel und Anregungen vorgetragen habe.

Längst hat ein dichtes Netz von Flotten und Stützpunkten die Welt überzogen. Die Oberfläche der Erde zerfällt in strategisch wichtige und unwichtige Zonen. Das Lebens-territorium von Völkern dient als Gelände für Stellvertreterkriege, die mit deren Konflikten und vor allem mit deren Interessen kaum noch etwas zu tun haben.

Durch die Zwangslosigkeit des Freund-Feind-Verhältnisses, mit der der globale Ost-West-Konflikt operiert, werden so ganze Völker zu Geiseln der tödlichen Konfrontation. Und die Tendenz scheint noch einmal Überhand zu nehmen, Länder der Dritten Welt in Verbündete und in Gefolgsleute des Gegners einzuteilen und sie dementsprechend nach außen- und sicherheitspolitischen Kriterien zu unterstützen. Auch dies eine gemäß der weltweiten Konfrontation logische Tendenz, aber eine Tendenz, die Handlungsspielräume einengt und Krisen und Gefahren heraufbeschwört; ein Beispiel also wiederum für jene unheilvollen Zwänge, aus denen sich Politik befreien muß.

Diese Länder und Völker können kein Interesse daran haben, sich den Ost-West-Konflikt aufzwingen zu lassen. Je mehr sie in gesamtpolitisches oder weltpolitisches Bewußtsein hineinwachsen, desto mehr muß der dominierende Konflikt ihnen als der Wahnsinn erscheinen, der er ist. Und vor allem: diese Länder werden das tödliche Kriegsspiel der Industriestaaten nicht als Alibi gelten lassen dafür, daß ihnen eine gerechtere Ordnung der weltwirtschaftlichen Beziehungen abgeschlagen wird. Welthunger kann zu Haß werden, und aus dem Haß können zusätzliche Kriegsgefahren entstehen. Soll aus der Welt, die in Teilen schon heute einem Militärlager der Blöcke gleicht, noch ein Militärlager werden, das die Mehrheit der Menschheit erst diszipliniert, dann weiter verarmt und auch noch tödlich bedroht?

Wir müssen Nord-Süd-Vereinbarungen erreichen, die die ökonomische Katastrophe der Dritten Welt verhindern; an realistischen Vorschlägen dazu fehlt es nicht. Wir müssen darum werben, daß die Sowjetunion und ihre Verbündeten daran mitwirken. Und wir müssen beide Weltmächte darauf verpflichten, daß sie die Welt außerhalb der Bündnissysteme nicht als Vorfeld und Schachfeld zur Austragung ihrer Rivalitäten mißbrauchen.

Der Griff zur Überlegenheit - eine lebensgefährliche Versuchung

Die Zwänge der Konfrontationslogik sind naturgemäß am gefährlichsten dort, wo die Konzentration todbringender Waffen am größten ist, wo die Rüstungsspirale immer wei-



tere Umdrehungen nach oben macht. Zumal hier der technische Fortschritt der Möglichkeiten wirksamer Kontrolle zunehmend erschwert.

Wir haben nicht verhindern können, daß sich der technische Fortschritt der Waffenproduktion bemächtigt hat, und wir haben nicht verhindern können, daß er uns ins Zeitalter der Atomwaffen gestoßen hat. Es gibt nicht allzuviel Grund zum Optimismus, daß die Menschheit nun willens oder fähig würde, weitere Beschleunigungen dieses Prozesses zu verhindern. Aber wir haben keine Wahl. Wir müssen dem Wettlauf immer schrecklicherer Waffen Einhalt gebieten, oder die Welt wird sich buchstäblich zu Tode rüsten.

Die Gefahren sind unübersehbar. Lange Zeit hat uns die Unvorstellbarkeit eines totalen Atomkriegs davor bewahrt, daß Konflikte zwischen den industrialisierten Staaten mit Waffengewalt ausgetragen wurden. Allen Verantwortlichen war bewußt, daß ein Einsatz von Atomwaffen für alle Beteiligten die mehr oder minder vollständige Vernichtung bedeutet. Insofern hat die gefährliche abstrakte Strategie der wechselseitigen Abschreckung gewirkt.

Heute hat der technische "Fortschritt" in der Rüstung einen Stand erreicht, in dem Waffentypen absehbar sind - nach Meinung mancher auch schon vorhanden sind -, die so "klein" und zielgenau sind, daß die Neigung wachsen könnte, sie im Sinne eines begrenzten Konflikts zum Einsatz zu bringen. Die atomare Schwelle droht gesenkt zu werden; oder besser: zu ihr, die bislang unerträglich hoch schien, könnte eine bequeme Treppe der Eskalation errichtet werden. Die Versuchung zum Griff nach der Überlegenheit - eine wahrhaft lebensgefährliche Versuchung - ist wieder näher gerückt.

Aus diesem teuflischen Zwang der Verbindung von Waffentechnik und Konfrontationslogik müssen wir heraus. Es gilt, zwischen Ost und West jene Voraussetzungen zu schaffen, auf die gestützt auf dem Feld der Rüstungskontrolle wirksame Vereinbarungen getroffen werden können. Und es gilt, das Wettrüsten zu bremsen, damit engere politische Zusammenarbeit zwischen den Bündnissen und ihren Partnern wieder möglich wird.

(-/20.10.1981/vo-he/ca)

+ + +
Verantwortlich: Willi Carl

